

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 3/2013

Glück auf!

Der Tod lauert in der Fabrik

Brisante Produktionsbedingungen in aller Welt

PRO-GE

Inhalt:

SCHÖNE NEUE WELT?

Gewerkschaften setzen sich weltweit für die Rechte von ArbeitnehmerInnen ein. Denn eine globalisierte Wirtschaftsordnung macht nicht davor halt, Profite auch auf Kosten jener zu machen, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Zum Nachteil aller ArbeitnehmerInnen, hier wie dort. Im Schwerpunktthema dieser Ausgabe: katastrophale Sicherheitsbedingungen in den Textilfabriken Bangladeschs, Kinderarbeit bei der Kakaoernte in der Elfenbeinküste und der Verwertung von Elektroschrott in Ghana, rechtlose Arbeitsmigrantinnen und -migranten in spanischen Gewächshäusern und der Arbeitsdruck in chinesischen Fabriken.

Seiten 4 bis 9

DIE FRÜHJAHRSLOHNRUNDE 2013

Und schon ist wieder Sommer: Die „Glück auf!“ blickt zurück auf die Frühjahrslohnrunde 2013 – auf harte Verhandlungen in Chemischer Industrie und Papierindustrie sowie ein neues innovatives Element im Kollektivvertrag der Elektro- und Elektronikindustrie.

Seiten 12 bis 13

LEIHARBEIT IM AKH

Ein Jahr lang haben drei junge Leiharbeiter für ihre Anerkennung als Betriebsräte kämpfen müssen. Zeit zum Verschnaufen bleibt ihnen aber keine, denn 350 ihrer Kolleginnen und Kollegen im Wiener Allgemeinen Krankenhaus droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Seite 20

PRO-GE GEWERKSCHAFTSTAG IM NOVEMBER

Noch fast fünf Monate dauert es bis zum 2. Gewerkschaftstag der Produktionsgewerkschaft, die Vorbereitungen sind aber schon in vollem Gange. Die „Glück auf!“ stellt den Entwurf für das künftige Arbeitsprogramm der PRO-GE vor. Dazu: die Landeskonferenzen in Bildern.

Seiten 14 bis 19

HOCHWASSER IN ÖSTERREICH

Anfang Juni kam das normale Arbeitsleben in weiten Teilen Österreichs zum Erliegen. Die „Glück auf!“ hat die Antworten auf die häufigsten arbeitsrechtlichen Fragen dazu für betroffene ArbeitnehmerInnen und freiwillige HelferInnen zusammengestellt.

Seite 16

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer, René Schindler, Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, APA-Picturedesk, Attac, Gastein Tourismus. Rätself: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 5. September 2013.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Fehlleistung des Monats

Ausbeutung als Geschäftsmodell?

In der Leiharbeit herrscht derzeit Flaute, meinen Branchenvertreter zur Pleite des Arbeitskräfteüberlassers MPS. Schuld daran hätten unter anderem die neuen gesetzlichen Regelungen. Das „sehr vernünftige Modell Zeitarbeit“, so z. B. Manpower-Geschäftsführer Erich Pichorner, würde dadurch unattraktiv.

Ziel der Gesetzesänderungen war allerdings auch nicht, Leiharbeit attraktiv zu machen, sondern mehr Gleichbehandlung für LeiharbeiterInnen zu erreichen. Wer jetzt über Einbußen klagt, bestätigt damit indirekt selbst: Ein wesentlicher Teil des Geschäftsmodells Leiharbeit beruhte darauf, die arbeitsrechtliche Benachteiligung einer Gruppe von ArbeitnehmerInnen auszubeuten. Dem entgegenzuwirken ist kein unerwünschtes Geschäftshindernis, sondern ein Verdienst des neuen Gesetzes – und Grundvoraussetzung für ein „vernünftiges Modell Zeitarbeit“.

KURZ NOTIERT

Kurzarbeit ist laut Studie wirksames Instrument in der Krise

Dies zeigt eine vor kurzem publizierte Studie der UN-Arbeitsorganisation (ILO). Erfahrungen aus der Rezession 2008 und 2009 hätten gezeigt, dass es sich lohnt, in der Krise Arbeitsplätze zu erhalten. ArbeitnehmerInnen könnten bei gut konzipierter Arbeitsteilung, wie zum Beispiel Kurzarbeit, ihre Stelle behalten. Unternehmen wiederum könnten die Krise leichter überwinden und wären gleichzeitig auf den Moment vorbereitet, an dem das Wachstum wieder anspringt, so die Studie. Auch wenn die Arbeitsteilung kein Allheilmittel sei, so fördere die Maßnahme die Work-Life-Balance und sei eine nachhaltige Lösung für die Unternehmen und die Volkswirtschaften.

58 Prozent der Beschäftigten mit Work-Life-Balance zufrieden

58 Prozent der berufstätigen Österreicherinnen und Österreicher sind mit dem Ausgleich von Beruf und Privatleben zufrieden. Das ist weniger als der weltweite Schnitt von 62 Prozent, laut einer Befragung von 26.000 Berufstätigen aus über 90 Ländern. Insgesamt am glücklichsten sind die MexikanerInnen. Das erste europäische Land im Ranking – und gleichzeitig das erste mit einem Indexwert unter dem weltweiten Durchschnitt – sind die Niederlande auf Rang acht.

EU-Kommission:

Faktor Arbeit in Österreich durch Immoesteuer entlasten

Die EU-Kommission hat sich in ihren kürzlich veröffentlichten Empfehlungen an Österreich besorgt über die hierzulande hohe Besteuerung des Faktors Arbeit – vor allem für GeringverdienerInnen – gezeigt. Die Steuer- und Beitragsbelastung der Arbeit könnte in haushaltsneutraler Weise durch Verlagerung auf andere, weniger wachstumsschädliche Steuerquellen, z. B. Immobiliensteuern, gesenkt werden, betonte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission. Die Immobilienbesteuerung – etwa die Grundsteuer – sei in Österreich im internationalen Vergleich niedrig.

Weiterlernen nach der Lehre

Die Höhere Lehranstalt für Berufstätige am Wiener TGM bietet ab Herbst wieder berufsbegleitende Weiterbildung für die Bereiche Elektronik sowie Wirtschaftsingenieurwesen. Die Ausbildung ist kostenlos und man erwirbt die HTL-Matura, die Studienberechtigung z. B. für die Fachhochschule und nach drei Jahren Berufspraxis die Standesbezeichnung Ingenieur und Gewerbeberechtigungen. Der Unterricht erfolgt berufsbegleitend an vier bis fünf Abenden pro Woche. Voraussetzung ist ein Mindestalter von 17 Jahren und ein einschlägiger Lehrabschluss. Ausbildungsstart ist der 2. September 2013, Anmeldungen am TGM – Die Schule der Technik, Wexstraße 19–23, 1200 Wien, Tel.: 01/331 26. Mehr Information auf abendschule.tgm.ac.at.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

UNGERECHTE UNTERSCHIEDE BESEITIGEN

Wenn ein austrokanadischer Milliardär zur Abschaffung der Gewerkschaften aufruft, dann geht es ihm nicht um die kleinen ArbeiterInnen. Vielmehr geht es ihm darum, die ArbeitnehmerInnenbewegung zu schwächen. Frank Stronach fantasiert sogar über eine „ÖGB-Pflichtmitgliedschaft“, die es gar nicht gibt. Trotz dieser falschen Politpropaganda gibt es einige, die diese Angriffe auch noch freudig beklatschen. Es nicht allen bewusst, was hier gespielt wird. Vor allem nicht jenen, die zwar von den jährlichen Lohnverhandlungen profitieren, aber darauf verzichten, die Gewerkschaften mit ihren Beiträgen zu stärken. Ohne Gewerkschaften gäbe es keine Kollektivverträge und keine soziale Sicherheit in Österreich.

Darum müssen wir gegen diese gefährlichen Milliardärs-Fantasien ankämpfen. „Innovativ – stark – sozial. Für eine gerechte Arbeitswelt“ ist das Motto unseres Gewerkschaftstages, der Ende November 2013 stattfindet. Wir werden bei unserem höchsten Gremium das Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre beschließen. Wir werden aber nicht bis November warten, sondern uns bereits jetzt mit aller Kraft ins Zeug legen, um aktuelle wichtige Anliegen für die ArbeiterInnen voranzutreiben. So haben die Einsätze der vielen freiwilligen HelferInnen gegen Hochwasser oder Muren in den letzten Wochen wieder gezeigt, dass in einigen Bereichen des Arbeitsrechts Verbesserungen überfällig sind.

Die PRO-GE begrüßt ausdrücklich, dass nun die Ungleichbehandlung von ArbeitnehmerInnengruppen bei Entgeltfortzahlung im Katastrophenfall beendet werden soll. Das ist ein großer Erfolg für die Gewerkschaften! Rechtliche Unterschiede sind im Katastrophenfall durch nichts gerechtfertigt. Aber es herrscht weiter Handlungsbedarf. Überall dort, wo in der Arbeitswelt sachlich nicht begründbare Unterschiede bestehen, müssen diese beseitigt werden. Dies betrifft etwa Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Kündigungsfristen, Unterschiede bei Arbeitsunfällen oder Freizeit bei Dienstverhinderung. Hier müssen endlich einheitliche Regelungen für alle ArbeitnehmerInnen geschaffen werden, die Arbeitgeberseite darf nicht mehr länger auf der Bremse stehen.

Wir fordern mehr Steuergerechtigkeit. Die unselbstständig Beschäftigten sichern unseren Sozialstaat. Diejenigen, die allein ihr Vermögen für sich arbeiten lassen, tragen nichts dazu bei. Das ist ungerecht und muss geändert werden. Darum fordern wir eine Reichensteuer. Die Millionäre müssen endlich in die Verantwortung genommen und die arbeitenden Menschen entlastet werden. Für die ArbeitnehmerInnen muss nach einer erfolgreichen Kollektivvertragsrunde netto mehr überbleiben als bisher.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Textilindustrie in Bangladesch

Arbeiten auf Leben und Tod

3,5 Millionen Menschen arbeiten in den Textilfabriken Bangladeschs. Für einen Lohn, der nicht zum Leben reicht, sind sie Sicherheitsmängeln ausgesetzt, die tödlich sein können.

LINKTIPPS:

Mehr zum Abkommen über Gebäudesicherheit und Brandschutz unter www.industriall-union.org

Mehr zu Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in der Bekleidungsindustrie unter www.cleanclothes.at

Am 23. April wurden an den Mauern des Rana Plaza in Savar nahe der Hauptstadt Dhaka Risse entdeckt, die Behörde empfahl ein Betretungsverbot für das achtstöckige Gebäude. Die Geschäfte und die Bank, die in den unteren Stockwerken untergebracht waren, blieben am nächsten Tag daher geschlossen, ihre Beschäftigten durften zu Hause bleiben. Im Ge-

gensatz dazu mussten die ArbeiterInnen der vier Textilfabriken, die sich in den oberen Stockwerken befanden, am 24. April 2013 wie jeden Tag zur Arbeit erscheinen. Kurz nach Arbeitsbeginn brach das Rana Plaza unter der Belastung der Produktionsstätten, für die das Gebäude nie ausgelegt war, in sich zusammen. 1.127 Menschen fanden den Tod, 2.500 wurden verletzt.

Fast 2.000 Todesopfer seit 2006. Rana Plaza ist kein Einzelfall. Erst im Jänner starben sieben ArbeiterInnen bei einem Feuer in einer Textilfabrik in Dhaka. Nur der Zufall verhinderte eine deutlich höhere Opfer-



1.127 Menschen kamen am 24. April 2013 beim Einsturz des Rana Plaza ums Leben. Fast alle waren ArbeiterInnen in Textilfabriken.

zahl, der Brand brach in der Mittagspause aus. Im November 2012 kamen beim Brand der Tazreen Fashion Fabrik in einem Vorort von Dhaka 112 ArbeiterInnen ums Leben, 200 wurden verletzt. Nach Angaben der Clean Clothes Kampagne verloren zwischen 2006 und 2012 mehr als 600 TextilarbeiterInnen in Bangladesch ihr Leben – die Opfer des Tazreen-Brandes nicht eingerechnet: weil Fabriken in Gebäuden untergebracht waren, die nicht dafür gebaut wurden, weil Elektroanschlüsse unsachgemäß installiert waren, weil Notausgänge blockiert oder nicht ausreichend vorhanden waren, weil Feuerlöscher nie gewartet wurden oder überhaupt fehlten.

Die Katastrophe von Savar unterscheidet sich nicht wesentlich von den anderen, außer in der Dimension. Mehr als 1.100 Todesopfer, das sorgt für weltweite Schlagzeilen auf den Titelblättern anstelle von Kurzmeldungen auf den Chronik-Seiten. Und das wiederum können auch die Regierung und der mächtige Arbeitgeberver-

band der Textilindustrie in Bangladesch nicht ignorieren. Einige Dutzend Fabriken wurden seither wegen Sicherheitsmängeln geschlossen.

Geschärftes Bewusstsein. „Seit Rana Plaza herrscht uns gegenüber zumindest eine größere Gesprächsbereitschaft als bisher“, sagt Mohammed Abu Taher, Generalsekretär der Textil-, Bekleidungs- und LederarbeiterInnengewerkschaft Bangladeschs und Mitglied des IndustriALL Bangladesh Council (IBC), der Anfang Juni auf Einladung der PRO-GE Wien besuchte. Geschenkt bekommen die Gewerkschaften aber auch im Angesicht der Katastrophe nichts. Derzeit verhandelt Abu Taher eine Entgeltfortzahlung für die Verletzten von Rana Plaza. Die Gewerkschaften verlangen zwölf Wochen, die Arbeitgeber sind gerade einmal zur Hälfte bereit. Geht es nach Abu Taher, sollten sie zusätzlich noch für Jobs für jene sorgen, die aufgrund bleibender Gesundheitsschäden ihrer bisherigen Arbeit nicht mehr werden nachgehen können.



Monika Kemperle:

» Zwei Cent mehr pro T-Shirt könnten den Lohn in Bangladesch verdoppeln. «



Mohammed Abu Taher

» Internationale Aufmerksamkeit brachte Fortschritte in Gang. «

Nur rund vier Prozent der 3,5 Millionen TextilarbeiterInnen sind gewerkschaftlich organisiert, viele kommen aus ländlichen Gebieten und haben von ArbeitnehmerInnenrechten oder Gewerkschaften noch nie gehört. In rund 150 von ca. 6.000 Betrieben sind Gewerkschaften vertreten. Auch bei den ArbeiterInnen hat das Unglück das Bewusstsein für die katastrophalen Sicherheitsvorkehrungen geschärft, berichtet Abu Taher und hofft, dass dadurch auch die Gewerkschaften als eine der wenigen aktiven Kräfte für bessere Arbeitsbedingungen im Land gestärkt werden.

Ein Meilenstein für die Sicherheit. Noch mehr als Regierung und Arbeitgeber in Bangladesch fürchten die internationalen Konzerne, die in dem asiatischen Land Bekleidung fertigen lassen, den Imageverlust. Unter der Ägide des internationalen Gewerkschaftsdachverbands IndustriALL Global Union entstand ein Abkommen für Gebäudesicherheit und Brandschutz, dem mittlerweile 50 internationale Marken beigetreten sind. „Das Abkommen ist ein historischer Meilenstein: Erstmals werden Maßnahmen verbindlich vereinbart, mit einem genauen Zeitplan und Sanktionen für Verstöße“, erklärt Monika Kemperle. Die IndustriALL-

Generalsekretärin-Stellvertreterin, deren gewerkschaftliches Engagement als Betriebsrätin in einer Osttiroler Textilfabrik begann, war federführend an diesem Erfolg beteiligt.

Das Abkommen gilt für alle Zulieferbetriebe der unterzeichnenden Unternehmen, auch bei Untervergabe der Aufträge, und sieht unabhängige Sicherheitsinspektionen vor, deren Ergebnisse allen Beteiligten inklusive den VertreterInnen der ArbeiterInnen vor Ort vorzulegen sind. Werden schwerwiegende Mängel gefunden, müssen Reparaturen und Renovierungen verpflichtend durchgeführt werden. Die Unterzeichner bekennen sich ausdrücklich zum Recht der ArbeiterInnen, gefährliche Arbeit gemäß ILO-Konvention zu verweigern. Ein Kernstück des Abkommens ist die Kostenbeteiligung. Entsprechend ihrem Anteil am Gesamtvolumen der Textilproduktion im Land beteiligen sich die Markenfirmen mit jeweils bis zu 500.000 Dollar an der Finanzierung der Maßnahmen.

Kemperle verfolgt aber noch größere Ziele. „Was wir in Bangladesch vorfinden, passiert eins zu eins auch in Indien, Kambodscha oder Vietnam.“ Im pakistanischen Karachi kamen im September 2012 bei einem Brand in einer Textilfabrik 262 Menschen ums Leben, unter praktisch identen Umständen wie bei Tazreen. Das Abkommen soll daher bald über die Grenzen Bangladeschs als Vorbild wirken und äquivalente Verträge sollen im gesamten südostasiatischen Raum für die Sicherheit von TextilarbeiterInnen sorgen.

30 Euro Monatslohn. Es sind allerdings nicht nur die Arbeits-, sondern auch die Lebensbedingungen der TextilarbeiterInnen, die dringend verbessert gehören. Mit einem Mindestlohn von umgerechnet 39 Dollar im Monat, also rund 30 Euro, bei einem achtstündigen Arbeitstag rangiert Bangladesch selbst im asiatischen Raum als abgeschlagenes Schlusslicht. „Das reicht nicht einmal in Bangladesch zum Leben“, sagt Mohammed Abu Taher. „Die ArbeiterInnen sind gezwungen, zehn bis zwölf Stunden pro Tag zu arbeiten, um irgendwie über die Runden zu kommen.“ Die Gewerkschaften fordern daher „einen Lohn, von dem man

auch leben kann“, und verlangen eine Erhöhung auf 120 Dollar. In Indonesien würden TextilarbeiterInnen 120 bis 150 Dollar, in Vietnam 180 und in China 200 Dollar verdienen, zählt der Gewerkschafter auf. „Warum sollte das nicht auch in Bangladesch möglich sein?“

Allerdings gesteht Abu Taher ein: „Realistisch erreichbar ist eine Erhöhung auf 60 Dollar, 100 Dollar wären ein toller Erfolg.“ Aus europäischer Sicht erscheint das immer noch erschreckend wenig, doch Monika Kemperle rückt die Proportionen weiter zu recht: „Mit zwei Eurocent mehr pro T-Shirt könnten die Löhne in Bangladesch verdoppelt werden. Mit zwölf Cent mehr könnte eine soziale Absicherung für alle TextilarbeiterInnen in Bangladesch finanziert werden.“

Die Verantwortlichkeit der Regierung.

Nicht nur die Firmen, sondern auch die nationale Regierung sei gefordert, sich für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne einzusetzen, sagt Kemperle. „Wenn eine Regierung mehr auf ausländische Investoren hört als auf die eigene Bevölkerung, dann wird's bedenklich.“ Kommenden Winter stehen in Bangladesch Wahlen an, nach Rana Plaza könnten die Rechte der TextilarbeiterInnen im Wahlkampf ein großes Thema werden. „Wie ernst es der Politik im Land damit ist, wird sich allerdings erst nach der Wahl zeigen“, ist Kemperle vorsichtig.

Mohammed Abu Taher beendet seine Gespräche mit österreichischen Journalistinnen und Journalisten während seines Wien-Aufenthalts immer mit denselben Worten. „Ich möchte Ihnen danken für die Berichterstattung über die Situation in Bangladesch“, sagt er ihnen dann stellvertretend für ihre Kolleginnen und Kollegen weltweit. „Die Fortschritte, die jetzt Form annehmen, wären sonst nie passiert.“ Die Katastrophe von Savar wird allerdings nicht ewig im Fokus der Medien bleiben. „Für die Entwicklung in Bangladesch wird entscheidend sein, dass eine internationale Öffentlichkeit der Situation der TextilarbeiterInnen weiterhin Aufmerksamkeit schenkt“, stellt Monika Kemperle fest, „hoffentlich nicht erst bei der nächsten tödlichen Katastrophe.“

PRO-GE für faire Arbeitsbedingungen auf den Kakaoplantagen

Kinderarbeit in der Schokoladeproduktion

Anlässlich des Welttages gegen Kinderarbeit am 12. Juni riefen Südwind und die Produktionsgewerkschaft PRO-GE mit Aktionen und einer europaweiten Petition dazu auf, aktiv gegen ausbeuterische Kinderarbeit vorzugehen.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.makechocolatefair.org

Hunderttausende Kinder müssen weltweit immer noch auf Kakaoplantagen arbeiten und gehen Erwachsenenarbeit nach. Dabei sind sie erheblichen Gesundheitsrisiken durch unsachgemäße Arbeit mit Pflanzenschutzmitteln und gefährlichen Erntewerkzeugen ausgesetzt.

Kampagne „Make Chocolate Fair!“. Die jetzt gestartete Kampagne „Make Chocolate Fair!“ setzt sich für fairen Handel in



der Schokoladeproduktion ein. „Es ist höchste Zeit, der Ausbeutung von Kindern ein Ende zu setzen. Es gilt, die Verantwortung bei den Unternehmen einzufordern, beim Zukauf ihres Kakaos nachweislich sicherzustellen, dass beim Anbau des Kakaos die Erwachsenen genug verdienen und keine Kinder ausgebeutet werden“, so Bernhard Zeilinger, Leiter der Südwind-Kampagne, und Gerhard Riess, Branchensekretär der PRO-GE.

Apokalyptische Zustände auf den Elektromüllhalden

Elektroschrott in Afrika

Eine aktuelle Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO lässt aufhorchen: Der weltweit am schnellsten wachsende „Müllberg“ aus Elektroartikeln vergrößert sich jährlich um vier Prozent. Schätzungen zufolge sind es über 41 Mio. Tonnen gefährlicher Schrott, die pro Jahr anfallen.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.sudwind.at

Südwind bestätigt nun den Verdacht der ILO, dass ein Großteil der in Industrieländern zum Recycling anfallenden Elektroaltgeräte, als funktionierende „Secondhandware“ deklariert, in Entwicklungsländer verschifft wird und dort unglaublichen Schaden anrichtet.



Tagesausbeute: 1 Euro. Mittlerweile kommen 7.000 Kinder und Jugendliche tagtäglich auf die ghanaische Elektromüllhal-

de, um Altgeräte zu verbrennen und an die Kupferkabel zu kommen. Für eine Tagesausbeute von einem halben Kilo Kabel bekommen sie einen Euro. „Die Luft ist verpestet und macht das Atmen schwer, der Boden voller scharfer Splitter und Gift – es ist apokalyptisch“, zeigt sich Christina Schröder nach ihrem letzten Lokalausweis schockiert. Lungenkrankheiten, an denen die meisten früher oder später erkranken, bleiben unbehandelt.

Es ist skandalös, was unser Wohlstandsmüll in Afrika anrichtet. Diese Vorgangsweise ist moralisch verwerflich und kriminell. Der Handel mit Gebrauchtgeräten und Elektroschrott ist inzwischen offenbar finanziell lukrativer als Recycling. Wegen lückenhafter Kontrollsysteme werden in großem Ausmaß Vorschriften umgangen. Die Wege des Elektromülls nach Afrika sind vollkommen intransparent und werden wohl aus gutem Grund verborgen gehalten.

ÖGB-Projekt weltumspannend arbeiten

Der Preis für unser Gemüse



Das Plastikmeer von Almería: Rund 120.000 ArbeiterInnen bezahlen hier mit oft unerträglichen Arbeitsbedingungen den Preis für Europas günstiges Gemüse.



Arbeiten im Plastikmeer heißt für die meisten auch Leben in den „Chabolas“, informellen Barackensiedlungen ohne jede Grundversorgung.



Zu Besuch in der PRO-GE Zentrale: Die SOC-Delegation mit österreichischen Betriebsräten der Agrarbranche, Branchensekretär Alois Karner und Eva Prenninger.

Im südspanischen Almería kämpft die LandarbeiterInnengewerkschaft SOC seit Jahren gegen die Illegalisierung der migrantischen ArbeiterInnen, gegen Lohnraub und für ökologische Landwirtschaft. Auf Einladung von weltumspannend arbeiten und der PRO-GE besuchte eine SOC-Delegation Österreich.

LINKTIPP:

Mehr über das Projekt und Bestellmöglichkeit für den Dokumentarfilm „Der Preis für unser Gemüse“ auf www.weltumspannend-arbeiten.at

35.000 Hektar misst das „Plastikmeer von Almería“. Rund 120.000 Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Afrika, Osteuropa und Lateinamerika arbeiten hier, um Europa mit günstigem Obst und Gemüse zu versorgen – unter oft unerträglichen Bedingungen: teils ohne Aufenthaltsgenehmigung, ohne Rechte, schlecht bezahlt und der Willkür der Unternehmen ausgeliefert. Früher bestand noch die Hoffnung, von dort wegzukommen, irgendwo vielleicht einen Job am Bau zu ergattern, doch die Wirtschaftskrise hat den Trend gedreht. Die hohe Arbeitslosigkeit zwingt auch viele SpanierInnen, die unattraktiven Arbeiten in den Gewächshäusern anzunehmen. Der Druck in Almería steigt.

Aufklärung in Österreich. Seit einigen Jahren verfolgt das ÖGB-Projekt weltumspannend arbeiten die Entwicklungen in Almería. Im April lud der entwicklungspolitische Verein gemeinsam mit der PRO-GE Mbarka El Goual Mazouzi, Khalifa Touré und Federico Pacheco von der Gewerkschaft Sindicato de Obreros del Campo (SOC) nach Österreich ein. Die spanischen GewerkschafterInnen

trafen mit der Geschäftsführung der efko Frischfrucht und Delikatessen GmbH in Eferding zusammen und informierten sich bei efko-Betriebsratsvorsitzender Hermine Schellenhuber über die Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich.

Ähnliche Probleme, andere Dimension. In Wien besuchte die Delegation PRO-GE Branchensekretär Alois Karner und österreichische Betriebsräte der Agrarbranche. „Die Probleme der spanischen Kolleginnen und Kollegen sind uns nicht unbekannt“, resümiert Karner. Nichteinhaltung von Kollektivverträgen, undokumentierte Arbeit, Arbeitszeitüberschreitungen, sehr schlechte Unterkünfte und Rassismus gehörten auch in der österreichischen Feldarbeit zu den häufigsten Verstößen. „Das Ausmaß in Spanien hat allerdings eine andere, schockierende Dimension.“

Internationale Aufmerksamkeit hilft. Die spanischen GewerkschafterInnen konnten aber auch von Erfolgen berichten. Zum Beispiel im Fall von 25 Marokkanerinnen, die von ihrem Arbeitgeber – einem Bio-Betrieb – gekündigt und um alle Ansprüche geprellt wurden. Berichte einer deutschen Journalistin, der in Spanien Protestaktionen der SOC aufgefallen waren, ließen einen Schweizer Großabnehmer des Betriebs um seinen Ruf fürchten und einschreiten. Die Frauen wurden zu deutlich besseren Konditionen wieder eingestellt oder erhielten eine Abfertigung.

Bio ist nicht automatisch fair. „Der Fall ist ein schöner Beweis, dass wir sehr wohl etwas bewirken können“, sagt Eva Prenninger, Projektleiterin von weltumspannend arbeiten. Konsumentinnen und Konsumenten achten Werte wie biologischen Anbau, auch wenn dafür ein höherer Preis fällig ist. „Nur sagt Bio rein gar nichts über die Einhaltung von Sozialstandards aus. Ziel muss sein, diese schnellstens als mindestens ebenbürtigen Wert bei der Kaufentscheidung zu etablieren.“

Interview

Leben in der Fabrik für Bestellungen aus Europa

China-Experte Wolfgang Müller von der IG Metall Bayern spricht über die Arbeitssituation in Asien und über die Zukunft der „Fabrik der Welt“. Das Interview führte Martina Schneller.

Glück auf! Der in China produzierende Apple-Auftragsfertiger Foxconn ist berüchtigt wegen seiner schlechten Arbeitsbedingungen. Haben die negativen Schlagzeilen zu einer Verbesserung beigetragen?

Wolfgang Müller: Die Schlagzeilen haben zunächst bewirkt, dass Apple seine PR-Maschine angeworfen hat. Plötzlich berichteten die westlichen Zeitungen, dass in den Werken Arbeitnehmervertreter gewählt und Betriebsgewerkschaften gegründet werden sollten. Als Foxconn-ArbeiterInnen in verschiedenen Städten befragt wurden, wussten sie aber nichts davon. Insofern hat sich an den Arbeitsbedingungen bei Foxconn wenig geändert.

Wie sieht es bei anderen Zulieferbetrieben in der Elektronikindustrie aus?

Generell sind die Arbeitsbedingungen in Chinas Elektronikindustrie sehr schlecht. Dazu kommt die Kasernierung der meist sehr jungen ArbeiterInnen. Sie leben auf dem Fabrikgelände, meist in großen Schlafsälen – jederzeit auf Abruf, wenn es von Vodafone oder MediaMarkt eine Sonderbestellung gibt.

TextilarbeiterInnen in Bangladesch verdienen knapp 30 Euro. In China, dem größten Lieferanten für Konfektionskleidung, verdienen die ArbeiterInnen mittlerweile rund 200 Euro pro Monat. Die Billig-Karawane ist bereits nach Bangladesch weitergezogen. Wie geht es weiter?

China als „Fabrik der Welt“ ist im internationalen Lohnkostenvergleich ziemlich teuer geworden, wahrscheinlich

teurer als die EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien. Es war und ist das erklärte Ziel der chinesischen Wirtschaftspolitik, China in den weltweiten Wertschöpfungsketten höher zu positionieren.

Das schafft natürlich ein Problem für die westlichen Auftraggeber und für ihre Auftragsfertiger. Die Karawane zieht weiter auf der Suche nach Billig-Standorten. In Asien gibt es neben Bangladesch, Kambodscha oder Vietnam noch andere Ziele, z. B. die Philippinen, Indonesien oder auch Indien. Andererseits ist China als Fabrik der Welt derzeit unschlagbar, was die Infrastruktur angeht. China hat ein sehr gut ausgebautes, modernes Autobahn- und Eisenbahnnetz und modernste Häfen und Flughäfen. Was nutzen Billigslöhne, wenn die Ware nicht zum Kunden kommt?

Wie sieht die Lohnentwicklung in China aus?

In allen Branchen sind die Löhne deutlich gestiegen. Die Provinzregierungen haben die gesetzlichen Mindestlöhne allein 2011 zwischen 10 und 30 Prozent angehoben. Weil es meist keine Tarifverträge gibt, die den Namen verdienen, ist der regional unterschiedliche gesetzliche Mindestlohn für viele Millionen ArbeitnehmerInnen in China die Referenzmarke. Ob sie den Mindestlohn aber auch ausgezahlt bekommen, ist eine andere Frage.

Viele österreichische Firmen investieren massiv in China. Wenn China seinen Billiglandstatus verliert, wird es dann nicht mehr so attraktiv für Produktionsauslagerungen?

Die Produktionsverlagerungen nach Asien und speziell nach China gehen weiter. Denn China ist als Riesenmarkt interessant, nicht mehr als Niedriglohnland. Die europäische und besonders die deutsche Auto- und Zulieferindustrie und der Maschinenbau exportieren heute einen Großteil ihrer Produktion nach China. China hat jahrelang die Werke in Deutschland oder Österreich ausgelastet. Wenn aber das Europageschäft dieser Kernbranchen auch längerfristig stagniert oder einbricht, während die Märkte in Asien und speziell China weiter wachsen, sind Verlagerungen programmiert.



Wolfgang Müller (65) kommt aus der Softwarebranche, hat in China gelebt und gearbeitet, war Betriebsrat und ist jetzt bei der IG Metall Bayern zuständig für Schaeffler-Konzernbetreuung, Branchenpolitik Auto- und Zuliefererindustrie, internationale Gewerkschaftsbeziehungen mit Schwerpunkt China.

In China gibt es keine unabhängigen Gewerkschaften. Welche Rolle spielt der Allchinesische Gewerkschaftsbund ACGB bei den Arbeitsbeziehungen?

Wahrscheinlich gibt es in China jeden Tag größere Arbeitskonflikte mit Produktionsstopps und Streiks. Wir erfahren nur von einem Bruchteil. 2010 gab es eine riesige Streikwelle, meistens organisiert von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern, die unzufrieden waren aufgrund schlechter Bezahlung und zu vieler Überstunden. Das Problem: Der ACGB mit den Betriebsgewerkschaften als Basisorganisationen spielt in diesen Konflikten keine Rolle oder wendet sich gegen die Streikenden. Der ACGB ist im realen chinesischen Kapitalismus noch nicht angekommen. Er kann nicht zwischen Arbeit und Kapital ausgleichen. Das wäre aber seine Aufgabe, wenn der soziale Frieden in China erhalten bleiben soll.

Gegen Lohndumping auf Schlachthöfen

Die Eröffnung des neuen Tiefkühlhauses der Firma Alpenrind nutzte die Gewerkschaft PRO-GE, um auf die Lage der Beschäftigten in der Schlachtbranche aufmerksam zu machen. „In Deutschland, aber auch in Österreich stellen Gewerkschaften vermehrt Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten fest“, weiß PRO-GE Sekretär Daniel Mühlberger. „Die EU-Entsenderichtlinie, die eigentlich für internationale Einsätze wie Montagearbeiten gedacht ist, wird dabei missbräuchlich verwendet.“ Bei der Aktion wurde die PRO-GE von der deutschen Gewerkschaft NGG unterstützt. Eine ARD-Dokumentation deckte die sklavereiartigen Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischindustrie auf. So sind in Deutschlands Schlachthöfen rund die Hälfte der Beschäftigten per ausländischem Werkvertrag beschäftigt. Von Alpenrind fordert die PRO-GE die Anstellung der aus Ungarn entsendeten ArbeiterInnen sowie die Möglichkeit einen Betriebsrat zu wählen.



Fair Play für Forstfacharbeit

Die Gewerkschaft PRO-GE und Betriebsräte informierten am 19. Juni am Grazer Waldfest unter dem Motto „Fair Play für Forstfacharbeit“ über Arbeitsbedingungen, Lehrberuf, Arbeitssicherheit und Entlohnung in der Forstarbeit. Ein Arbeitsplatz in der Natur mit großer Verantwortung: Forstfacharbeit hat mit der Romantik diverser TV-Serien nichts gemeinsam. Nur großes Know-how und eigenständiges Arbeiten bei hoher körperlicher Belastung sichern Österreichs Wald. Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie die Gewerkschaft PRO-GE fordern in diesem Zusammenhang die langfristige Sicherung und den Ausbau von Ganzjahres-Arbeitsplätzen in der Forstwirtschaft.

AUFGEDECKT

Über drei Viertel der Griechenland-Hilfe ging an Banken

Die Hilfsmilliarden der Euro-Partner an Griechenland sind nach Recherchen des globalisierungskritischen Bündnisses Attac zu mehr als drei Vierteln in den Kassen von Banken und reichen Kapitalanlegern gelandet. „Das Ziel der politischen Eliten ist nicht die Rettung der griechischen Bevölkerung, sondern die des Finanzsektors“, so Lisa Mittendrein, Attac-Vorstandsmitglied. Laut Attac flossen von den 207 Milliarden Euro an Krediten, die bisher nach Athen überwiesen wurden, fast 160 Milliarden Euro an Geldhäuser und Kapitalanleger. Die weitverbreitete und von europäischen Politikern öffentlich vertretene Position, dass das Geld der sogenannten „Rettungspakete“ den Menschen in Griechenland zugutekommen würde, ist damit laut der globalisierungskritischen NGO widerlegt.



Lisa Mittendrein,
Attac-Vorstandsmitglied

BUCHTIPP

MYTHEN DES SPARENS

Dieses Buch wendet sich an alle, die den Behauptungen der SparwutbürgerInnen fundierte Argumente entgegensetzen wollen, ohne dafür ein Ökonomiestudium absolvieren zu müssen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst zu einer Verschuldungskrise der Staaten geworden, zumindest wenn man den Mainstream-Medien und der Mehrzahl der Politikerinnen und Politiker Glauben schenkt: Sparen sei das Gebot der Stunde, an dem kein Ausweg vorbei zu führen scheint.

Dieses Buch zeigt auf, dass es sich hierbei nur um einen weiteren wirtschafts-politischen Mythos handelt. Doch warum kommen diese Mythen so gut bei den Menschen an? Welche Auswirkungen haben die Sparmaßnahmen auf die Bevölkerung, die Wirtschaft und sogar auf die Demokratie? Die Autorinnen und Autoren stellen die wichtigsten Mythen zu „Schulden“ und „Sparen“ dar. Diese werden kritisch hinterfragt und die dahinterstehenden ökonomischen Zusammenhänge erklärt. Auch die Ebene der EU-Politik und der dort kursierenden Mythen kommt nicht zu kurz.

Beigewum – Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- u. umweltpolitische Alternativen (Hrsg.)
Mythen des Sparens, 144 Seiten, 12,20 Euro, ISBN: 978-3-89965-555-1

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21,
Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Metaller-KV

PRO-GE fordert Bewegung bei Arbeitszeit

**Gewerkschaft legt modernes Arbeitszeitmodell vor.
Schwerarbeit soll stärker berücksichtigt werden.
Zuschläge bleiben erhalten.**

Jahrelang hat die Metallindustrie ein flexibleres Arbeitszeitmodell gefordert, nun hat die Gewerkschaft ihr Modell vorgelegt. Es sieht im Wesentlichen einen längeren Durchrechnungszeitraum für geleistete Überstunden bei einem Ausgleich für besonders belastende Arbeit vor. Als Bedingung für Verhandlungen fordert die PRO-GE wieder gemeinsame Kollektivvertragsverhandlungen mit allen sechs Teilverbänden – nachdem im Vorjahr die Verhandlungsgemeinschaft auf Arbeitgeberseite auseinandergebrochen ist.

„Unser Vorschlag besteht aus zwei Teilen: Ausdehnung der Durchrechnungszeiträume und Zeitguthaben sowie ein neuer zusätzlicher Zeitzuschlag für die Beschäftigten mit besonders belastenden Tätigkeiten. Das Modell kann ein wichtiger Bei-



trag zur Standort- und Beschäftigungssicherung werden. Es liegt aber ausschließlich an den Fachverbänden, Eigeninteressen und Streitigkeiten zurückzustellen und an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zurückzukehren. Sonst gibt es kein neues Arbeitszeitmodell“, betont Bundesvorsitzender Rainer Wimmer.

Betriebsrat bei Ströck ist überfällig

Arbeitsbedingungen bei Großbäckerei Ströck im Visier

Bei der Bäckerei Ströck liegt einiges im Argen. Schon länger gibt es Streit, welcher Kollektivvertrag für die rund 1.800 Beschäftigten zur Anwendung kommen muss.

Eine Mitarbeiterbefragung der Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp birgt Zündstoff: Ströck hat keinen Betriebsrat, zahlt laut Befragungsergebnissen Vor- und Nacharbeiten sowie Zuschläge nicht ordnungsgemäß und teilt Dienste zu kurzfristig ein. Vielfach gibt es keine ordentlichen Dienstzettel, MitarbeiterInnen können kaum Pausen machen oder ihre Urlaube nicht nehmen, wann sie wollen.

Die untragbare Situation zeigt einmal mehr, wie wichtig wirk-same betriebsrätliche Arbeit und gewerkschaftliche Strukturen

für die Gestaltung von Arbeitsbeziehungen sind. „Aktuell unterstützen wir die Belegschaft bei der Gründung eines Betriebsrats – das Interesse dafür ist groß, es gibt erste KandidatInnen. Weitere interessierte Beschäftigte können mit den Gewerkschaften Kontakt aufnehmen“, sagt die Wiener Landessekretärin Beate Albert.

Bereits im Februar brachten die PRO-GE und die GPA-djp eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Großbäckerei Ströck sowie gegen die Großbäckerei Mann ein. „Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass eine gewerbliche Erzeugung, die sich im Laufe von vielen Jahren erfolgreich zu einer industriellen Produktion entwickelt hat, als Gewerbebetrieb klassifiziert wird, so, als ob sich rein gar nichts geändert hätte. Das ist nichts anderes als Lohndumping auf Kosten der Beschäftigten, was auch gegenüber jenen Unternehmen unfair ist, die tatsächlich den korrekten und für die Beschäftigten besseren Kollektivvertrag für Großbäckereien anwenden“, begründet Bundessekretär Manfred Anderle die Beschwerde.

Elektro-/Elektronikindustrie: +3,2 Prozent

Innovation Freizeitoption

Der Kollektivvertragsabschluss 2013 der Elektro- und Elektronikindustrie schafft erstmals die Möglichkeit, sich anstelle der Ist-Lohn-Erhöpfung für mehr Freizeit zu entscheiden.

Für die rund 60.000 Beschäftigten in Österreichs zweitgrößter Industriebranche konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp eine Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne von 3,2 Prozent erreichen. Die Ist-Löhne steigen um 3,0 Prozent, wobei zusätzlich 0,2 Prozent der Lohnsumme per Betriebsvereinbarung für eine Verteilungsoption oder eine Einmalzahlung verwendet werden können.

Innovatives neues Element. Erstmals steht dabei als dritte Möglichkeit das neue Modell der Freizeitoption zur

Wahl. ArbeitnehmerInnen können damit anstelle der dreiprozentigen Ist-Lohn-Erhöpfung zusätzliche bezahlte Freizeit von mindestens 60 Stunden pro Jahr vereinbaren. Die zusätzliche Freizeit gilt selbstverständlich nachhaltig jedes Jahr und kann zur Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit verwendet werden, stundenweise variabel oder in ganzen Tagen oder Wochen verbraucht werden. Ansprüche mehrerer Jahre können aber auch angesammelt werden, um später eine längere Freizeitphase genießen zu können.

Individuelle Entscheidung. Grundvoraussetzung für die Nutzung der Freizeitoption ist der Abschluss einer Betriebsvereinbarung. Auf dieser Basis kann jeder/jede einzelne ArbeitnehmerIn die zusätzliche Freizeit mit dem Arbeitgeber vereinbaren. Keinesfalls darf der Arbeitgeber eine Umwandlung anordnen. Nur wenn sich ArbeitnehmerIn und Betrieb auf zusätzliche Freizeit einigen, kommt diese zustande, ansonsten ist die Ist-Lohn-Erhöpfung nachzuholen.

Mehr Lohn oder mehr Freizeit? Der EEI-KV ermöglicht die individuelle Entscheidung.

Foto: Fotolia

Ab 1. Juni:

Glashüttenindustrie: KV-Löhne +3,1 Prozent, Ist-Löhne +2,85 Prozent, Mindesthöhung 51 Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,1 Prozent, Schicht- und Nachtarbeitszulagen +3,1 Prozent, innerbetriebliche Zulagen +2,85 Prozent, Aufwandsentschädigungen und Messegeld +2,6 Prozent; Umwandlungsmöglichkeit des zweiten und dritten Jubiläumsgeldes in Zeitguthaben, Erhöhung der Anrechnung der Karenzzeiten auf Vorrückungen auf 16 Monate.

Glasbe- und -verarbeitende Industrie: KV-Löhne +3,05 Prozent, Ist-Löhne +2,8 Prozent, Mindesthöhung 45 Euro, Schicht- und Nachtarbeitszulagen +3,05 Prozent, innerbetriebliche Zulagen +2,8 Prozent, Aufwandsentschädigungen und Messegeld +2,6 Prozent.

Lederwaren- und Kofferindustrie: KV-Löhne +2,8 Prozent (gerundet auf den nächsten Cent), neuer Mindestlohn 1.153,51 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,8 Prozent (gerundet auf den nächsten vollen Euro), Aufrechterhaltung der bestehenden Überzahlung, Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,8 Prozent; Einführung eines Monatslohnes ab

1. September 2013, Anrechnung von Karenzen bis zu max. 22 Monaten für alle dienstzeitabhängigen Ansprüche.

Ab 1. Juli:

Bekleidungsindustrie und industrielle Wäschereien: KV-Löhne +2,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.150,05 Euro, Ist-Löhne +2,7 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +2,7 Prozent, Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,7 Prozent; Urlaubszuschuss 2013 auf der Basis der neuen Werte, längere Kündigungsfristen bei Arbeitgeberkündigung.

Fleischergewerbe und Fleischindustrie: KV-Löhne +2,77 Prozent, neuer Mindestlohn 1.127,39 Euro (Fleischergewerbe Wien) bzw. 1.334,59 Euro (Fleischwarenindustrie Österreich), Lehrlingsentschädigungen +2,77 Prozent, Dienstalterszulagen sowie Zehrgelder +2,77 Prozent; günstigere betriebliche Regelungen bleiben aufrecht, Start zu Verhandlungen über bundesweiten Lohnvertrag im Fleischergewerbe im September.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at

Es wird rauer im Kampf um Lohnerhöhungen

Wenn die Chemie nicht mehr stimmt

Kollektivverträge sind für die Beschäftigten zweifelsohne das tonangebende Instrument zur Gestaltung ihrer Arbeitsumwelt. Jedes Jahr kämpfen Gewerkschaften, so auch die PRO-GE, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in den Kollektivvertragsverhandlungen, und das inzwischen lautstark. Dass das nicht immer reibungslos abläuft, haben heuer die Lohngespräche in der Chemischen Industrie und in der Papierindustrie gezeigt.

LINKTIPP:

Bilder der Aktionen auf PRO-GE Flickr unter www.flickr.com/photos/proge/sets

Chemische Industrie

Die KV-Verhandlungen für die 45.000 Beschäftigten der Chemischen Industrie waren heuer mühsam. Drei Runden lang kam kein annehmbares Angebot von den Arbeitgebern. Erst eine massive Kundgebung brachte die ins Stocken geratenen Gespräche wieder in Gang. Das Resultat kann sich sehen lassen: 3,3 Prozent Lohnerhöhung im Kollektivvertrag, 3,2 Prozent Erhöhung der Ist-Löhne sowie ein Mindestbetrag von 63 Euro Lohnerhöhung waren das Ergebnis der langen und zähen Verhandlungen.

Solidarität zahlt sich aus. „Die Demonstration von Solidarität hat die Verhandlung in der entscheidenden vierten Runde maßgeblich vorangetrieben“, ist sich der Verhandlungsleiter von der PRO-GE, Alfred Artmayer, sicher. Dass die Debatten mühsam werden, war vorauszusehen. Es scheint Taktik zu sein,

Verhandlungen bis aufs Äußerste auszureizen. Eine gefährliche Vorgehensweise, denn ein ordentlicher Lohnabschluss wäre auch durchaus ohne größere Konflikte möglich, würden sich die Arbeitgeber von einer vernünftigen Seite zeigen. Dies wäre zum Wohl des Wirtschaftsstandorts Österreich sowie der Beschäftigten.



Papier und Pappe erzeugende Industrie

Auch in der Papierindustrie ging es bei den Lohnverhandlungen für rund 8.000 Beschäftigte heuer besonders heiß her. Ungewöhnlich, denn in dieser Branche ist man eigentlich eine lange Tradition einer gepflegten Sozialpartnerschaft gewohnt. In der Papier und Pappe erzeugenden Industrie bedurfte es heuer vier Verhandlungen, bis es zu einem akzeptablen Kollektivvertragsabschluss kam. Ein neues Bild lieferten dabei lautstark protestierende Betriebsrätinnen und Betriebsräte vor dem Fachverband der Papierindustrie Anfang Mai in Wien unmittelbar vor den vierten Verhandlungsgesprächen. Auch hier mit der Absicht, den berechtigten ArbeitnehmerInnen-Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Gerechter Abschluss. Die Belegschaftsvertreter waren auf eine verschärfte Gangart vorbereitet und hatten die Streikbeschlüsse schon gefasst. Mit einem Abschluss von 3,1 Prozent Lohnerhöhung konnten jedoch weitere Maßnahmen abgewendet werden und der solidarische Einsatz und Aktionismus wurde belohnt. PRO-GE Branchensekretär Gerald Kreuzer: „Wir sind froh über den verdienten Abschluss für die Beschäftigten. Es ist aber bedauerlich, dass uns die Arbeitgeber zu Aktionen zwingen, bevor sie zu vernünftigen Angeboten bereit sind. Das hat eine Sozialpartnerschaft nicht verdient.“

Die lautstarken Maßnahmen bringen aber ebenso Positives mit sich. Inzwischen wächst die Solidarität und das bestätigt die Vorgangsweise der PRO-GE, wenn sie für die Interessen der Beschäftigten öffentlich eintritt. Damit wird auch für die ArbeitnehmerInnen sichtbar, wie schwer es wird, jährlich Lohnerhöhungen auszuhandeln.





Arbeitsprogramm der PRO-GE

Mensch und Arbeit stehen im Mittelpunkt

Die Produktionsgewerkschaft PRO-GE wird im November ihren 2. Gewerkschaftstag durchführen und in diesem Rahmen ein Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre beschließen. Im Folgenden ein Überblick über den Arbeitsprogramm-Entwurf.

Eine Wirtschaft im Dienst der Menschen und des Gemeinwohls. Die Ideologie des „weniger Staat“ ist gescheitert – mit schlimmen Folgen für uns alle! Jetzt gilt es, die Konsequenzen zu ziehen: Der Staat muss wieder viel stärker werden, aber auch die Gewerkschaften und die Betriebsräte. Märkte brauchen Regeln und Steuerungsme-

chanismen, um zu funktionieren. Starke, kampffähige und einflussreiche Gewerkschaften und Betriebsräte bilden eines der wichtigsten Gegengewichte zu einer sonst übermächtigen Wirtschaft.

Die EU muss ihre bisherige Wirtschaftspolitik ins Gegenteil verkehren: Statt der dramatisch gescheiterten Politik des Kaputt-

sparens braucht es einen Sozialpakt und massive Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze, kurz einen europäischen „Marshallplan“. Die PRO-GE lehnt auch jeden Versuch der EU-Kommission ab, vorbei an den europäischen Institutionen durch Verträge mit den Mitgliedsstaaten Druck auszuüben, sei es als „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ oder wie immer sonst bezeichnet.

In Österreich muss vor allem das Steuersystem in Ordnung gebracht werden: Die Reichen müssen einen fairen Beitrag leisten, damit eine Lohnsteuersenkung möglich wird. Eine echte Vermögenssteuer muss her.

gabe des Staates bleiben, und dennoch für die betroffenen Familien, unabhängig von ihrem Einkommen, finanzierbar sein. Dazu soll ein Pflegefonds eingerichtet und aus einer Erbschaftsteuer finanziert werden.

Arbeit für alle. Wie befürchtet ist die Arbeitslosigkeit nach der Wirtschaftskrise nur vorübergehend gesunken: Heute sind mehr Menschen arbeitslos bzw. in Schulungsmaßnahmen als auf dem Höhepunkt der Krise. Wenn wir nicht jahrelang mit hohen Arbeitslosenraten leben wollen, muss es weitere Schritte geben, um die vorhandene Arbeit fair und sinnvoll zu verteilen. Dazu wird es notwendig sein, die viel zu vielen Überstunden zu verringern. Darüber hinaus muss durch Arbeitszeitverkürzung und intelligente Arbeitszeitformen die vorhandene Arbeit auf eine höhere Anzahl von ArbeitnehmerInnen aufgeteilt werden. Aber auch eine aktive Wirtschaftspolitik ist nötig: Der Staat soll Betriebe in Zukunftsbranchen (z. B. Solartechnologie) nötigenfalls übernehmen, um das Know-how und die Arbeitsplätze für Österreich zu sichern. Und eine Fachkräftemilliarde soll die Lehrausbildung sichern. Utopisch? So utopisch wie seinerzeit die Forderung nach einer Ausbildungsgarantie für Jugendliche – inzwischen gilt sie als Vorbild für ganz Europa!

Soziale Systeme ausbauen! Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat deutlicher denn je gezeigt, dass die Marktwirtschaft keinerlei Stabilität herstellen kann. Jedes Sozialsystem, das auf den Markt aufbaut („Kapitaldeckungsverfahren“), ist den massiven Marktschwankungen ausgesetzt und kann nicht jene Sicherheit und Stabilität bieten, die für eine soziale Versorgung unverzichtbar ist. Die PRO-GE fordert daher einen Ausbau der ASVG-Pensionen und die Möglichkeit zur betrieblichen Zusatzvorsorge im Rahmen des staatlichen Systems. Die Höhe des Arbeitslosengeldes muss deutlich angehoben werden! Die Pflege- und Betreuungsberufe müssen attraktiver werden. Die Alten- und Krankenbetreuung muss Kernauf-

besserte Anrechnung der Arbeitszeiten in anderen Unternehmen muss das korrigieren.

Einen regelmäßigen Missbrauch der einvernehmlichen Auflösung von Arbeitsverhältnissen gibt es nicht nur bei Leiharbeit. In kleineren Unternehmen werden Kolleginnen und Kollegen auch bei längerer Krankheit oder Arbeitsmangel zu solchen Vereinbarungen gedrängt. Das muss der Gesetzgeber unterbinden. Aber auch im Bereich des Behindertenrechtes und bei der Abfertigung Neu muss es Verbesserungen geben. Nicht zuletzt setzt sich die PRO-GE für bezahlte Freistellungen bei Katastropheneinsätzen ein.

Gleichheit schaffen. Um eine echte Gleichstellung bei der Entlohnung sowie Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, fordert die PRO-GE betriebliche Frauenförderpläne. Die vorgeschriebenen „Einkommensberichte“ sollen verpflichtend jene Maßnahmen anführen, die zur Verbesserung der Situation getroffen wurden bzw. geplant sind. Zudem sollen Elternkarenzen kraft Gesetzes für alle Ansprüche angerechnet werden.

Starke Kollektivverträge. Kollektivverträge sind das sichtbare Ergebnis gewerkschaftlicher Anstrengungen für faire und einheitliche (Mindest-)Standards in den verschiedenen Branchen. Sie erhöhen die Einkommen unserer Mitglieder (und aller „TrittbrettfahrerInnen“) jedes Jahr nachhaltig um 200 bis 300 Mio. Euro! Niemand außer den Gewerkschaften kann das. Die PRO-GE bekennt sich zur Sozialpartnerschaft, erwartet sich aber, dass sich die Arbeitgeber ebenso zu dieser bekennen – auch und gerade in schwierigeren Zeiten. Ist das nicht der Fall, werden wir die Interessen unserer Mitglieder mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchsetzen!

Infos zum Gewerkschaftstag der PRO-GE

sowie den Entwurf des Arbeitsprogramms gibt es im Internet unter www.gewerkschaftstag.at. Das Arbeitsprogramm ist noch in Entwicklung! Anregungen und Kritik sind willkommen, am einfachsten per E-Mail an recht@proge.at oder schriftlich an die PRO-GE Rechtsabteilung, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.



HELMUT FOHRINGER / APA / picturedesk.com

Arbeitsrecht

Nach dem Hochwasser ...

Die Rückkehr zum Alltag ist durch die Folgen der heftigen Regenfälle in Österreich noch in weiter Ferne. Die Hochwasserkatastrophe macht es vielen Betroffenen und den freiwilligen Helferinnen und Helfern unmöglich, wieder ihrer normalen Arbeit nachzugehen. Daraus ergeben sich viele arbeitsrechtliche Fragen, die sowohl ArbeitnehmerInnen als auch HelferInnen betreffen. Hier haben wir die Antworten auf die häufigsten rechtlichen Fragen zusammengefasst.

Meine Firma hat wegen des Hochwassers vorübergehend den Betrieb eingestellt und wird die Produktion erst wieder in einigen Wochen aufnehmen können.

Wenn der/die ArbeitnehmerIn grundsätzlich arbeitsbereit und arbeitswillig ist, aus betrieblichen

Gründen aber nicht gearbeitet wird, hat der/die ArbeitgeberIn vollen Lohn oder Gehalt weiterzuzahlen. Der/Die ArbeitnehmerIn kann auch nicht gezwungen werden, gegen seinen/ihren Willen zu einer bestimmten Zeit Urlaub bzw. Zeitausgleich zu konsumieren. Spricht der/die ArbeitgeberIn eine Kündigung aus, gilt die Entgeltfortzahlungspflicht bis zum Ende der Kündigungsfrist.

Mein Chef verlangt von mir Lohnverzicht.

Grundsätzlich kann niemand zu Lohn- oder Gehaltsverzicht gezwungen werden.

Wegen des Hochwassers konnte ich nicht zur Arbeit kommen, da die Verkehrsverbindungen unterbrochen waren bzw. da mein Haus unter Wasser stand.

Kollektivverträge können gemäß § 1154b ABGB einen Entgeltfortzahlungsanspruch der ArbeiterInnen für den Fall der Dienstverhinderung aus wichtigen persönlichen Gründen regeln. In zahlreichen Kollektivverträgen

der PRO-GE sind solche Entgeltfortzahlungsansprüche geregelt (z. B. KV chemisches Gewerbe, Fleischgewerbe, ledererzeugende Industrie, Metallindustrie). Gibt es in einem Kollektivvertrag eine diesbezügliche Entgeltregelung nicht, so ist das berechtigte Fernbleiben von der Arbeit natürlich kein Entlassungsgrund.

Mitglieder helfen Mitgliedern: PRO-GE unterstützt die Betroffenen

Unter dem Motto „Mitglieder helfen Mitgliedern“ ruft die Gewerkschaft PRO-GE ihre Mitglieder auf, sich in den jeweiligen Landessekretariaten zu melden, wenn sie entweder Hilfe zur Behebung von Hochwasserschäden benötigen oder aber Hilfe dafür anbieten können. Die PRO-GE Landessekretariate übernehmen dann die Koordination, um die freiwilligen HelferInnen und die von der Katastrophe Betroffenen in Kontakt zu setzen.

Detaillierte Informationen zu allen arbeitsrechtlichen Fragen rund um die Hochwasserkatastrophe unter www.proge.at

Rainer
svorsitze

Innovativ – stark – sozial

Landeskongress Wien

In Wien vertritt die PRO-GE rund 30.000 Mitglieder. „Mit den guten Kollektivvertragsabschlüssen in den letzten Jahren konnte die PRO-GE den Menschen Existenzen sichern“, sagte Landessekretärin Beate Albert. „Die fast 800 Betriebsrätinnen und Betriebsräte arbeiten eng mit der Landesorganisation zusammen, um gemeinsam mit der PRO-GE das Beste für die ArbeitnehmerInnen herauszuholen“, fügte der neue Landesvorsitzende Paul Kovanda hinzu.



Paul Kovanda (Siemens) wurde von den 250 Delegierten zum Wiener Landesvorsitzenden gewählt.

Die PRO-GE Wien unterstützt auch die berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, wie die Vorbereitung zum Erreichen des Lehrabschlusses.

Stark aufgestellt in Niederösterreich



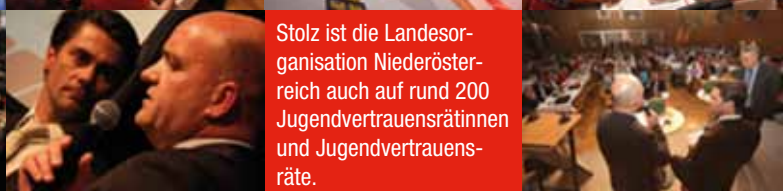
PRO-GE Landesvorsitzender Erwin Straußberger und Landessekretär Markus Wieser betonten bei der Landeskonferenz die organisatorische Stärke der Produktionsgewerkschaft in Niederösterreich. „Die Kraft und Stärke unserer Gewerkschaft zeigt sich deutlich in den erfolgreichen Kollektivvertragsabschlüssen“, stellte Straußberger klar.



Erwin Straußberger (Salesianer Miettex) wurde mit eindrucksvoller Mehrheit in seiner Funktion als Landesvorsitzender bestätigt.



Stolz ist die Landesorganisation Niederösterreich auch auf rund 200 Jugendvertrauensrätinnen und Jugendvertrauensräte.

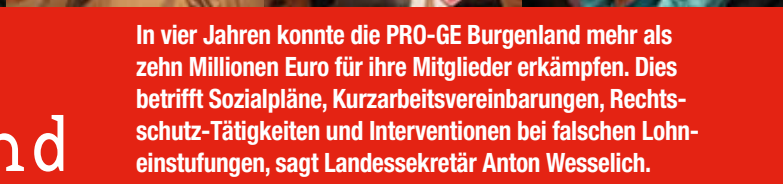


Landeskonferenz im Burgenland

In vier Jahren konnte die PRO-GE Burgenland mehr als zehn Millionen Euro für ihre Mitglieder erkämpfen. Dies betrifft Sozialpläne, Kurzarbeitsvereinbarungen, Rechtsschutz-Tätigkeiten und Interventionen bei falschen Lohnstufungen, sagt Landessekretär Anton Wesslich.



Auf der Landeskonferenz wählten die Delegierten Kurt Genser (Delphi Packard Austria GmbH) zum Landesvorsitzenden.



Landeskonzferenz in Kärnten



Für PRO-GE Landesvorsitzenden Günther Goach und Landessekretär Gernot Kleißner ist die Situation für die Kärntner ArbeitnehmerInnen angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, der niedrigen Einkommen dramatisch. Die PRO-GE will mehr Verteilungsgerechtigkeit erreichen. Dazu gehört auch ein gerechteres Steuersystem.



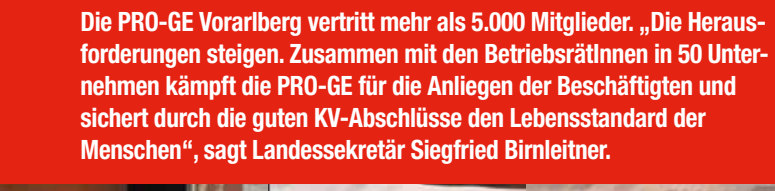
Günther Goach (Infineon) wurde mit 100 Prozent von den Delegierten zum Landesvorsitzenden gewählt.



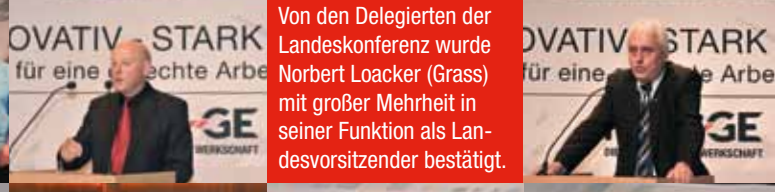
Landeskonzferenz Vorarlberg



Die PRO-GE Vorarlberg vertritt mehr als 5.000 Mitglieder. „Die Herausforderungen steigen. Zusammen mit den BetriebsrätInnen in 50 Unternehmen kämpft die PRO-GE für die Anliegen der Beschäftigten und sichert durch die guten KV-Abschlüsse den Lebensstandard der Menschen“, sagt Landessekretär Siegfried Birnleitner.



Von den Delegierten der Landeskonzferenz wurde Norbert Loacker (Grass) mit großer Mehrheit in seiner Funktion als Landesvorsitzender bestätigt.





LeiharbeiterInnen im AKH fürchten um ihre Jobs

Keine Ruhe für den AGO-Betriebsrat

Bei den AGO-Beschäftigten im AKH regiert die Verunsicherung. Betriebsräte David Lang und Raymond Karner fordern: Übernahme statt Fremdvergabe.

Drei junge Leiharbeiter haben nach einem Jahr harten Kampfes ihre Anerkennung als Betriebsräte durchgesetzt. Nach diesem Erfolg ziehen aber schon neue Schwierigkeiten auf. Diesmal geht es um die Jobs von 350 LeiharbeiterInnen im Wiener AKH.

„Aufgeben ist keine Option“, stellten David Lang, Florian Toifl und Raymond Karner vor einem Jahr klar, als die „Glück auf!“ erstmals über ihren Fall berichtete. Damals waren die drei jungen Leiharbeiter von ihren Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitskräfteüberlasser AGO gerade als Betriebsräte gewählt worden. Kurz vor der Wahl wurden sie allerdings noch eilig im Zuge eines „Betriebsüberganges“ zu einem neuen Unternehmen (freilich ebenfalls vom AGO-Geschäftsführer geleitet) transferiert und prompt gekün-

digt. Ein Jahr lang kämpften die frisch gewählten Betriebsräte mit Unterstützung der PRO-GE in Gerichts- und Mediationsverfahren um ihr Recht.

Erfolgreich durchgesetzt. Während dieser Zeit erhielten sie keinen Lohn von AGO und großteils auch kein Arbeitslosengeld, zeitweise wurde von der Firma sogar ein Zutrittsverbot verhängt. „Trotz aller Schwierigkeiten haben wir unsere Aufgabe als Betriebsrat konsequent wahrgenommen und uns für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt“, sagt Raymond Karner. Der Einsatz sollte sich bezahlt machen, eine Betriebsversammlung mit 450 AGO-Beschäftigten brachte schließlich die Wende. „Dort wurde offensichtlich, was davor immer wieder infrage gestellt wurde: dass die Kolleginnen und Kollegen voll hinter uns stehen“, berichtet Karner. Die Betriebsräte setzten sich in fast allen strittigen Punkten durch.

1.000 Jobs wackeln. Zeit, den Erfolg zu genießen, blieb allerdings keine. Der einzige Großkunde von AGO ist das Wiener AKH, wo rund 700 ArbeiterInnen und 300 Angestellte überlassen sind, und der Vertrag für den Bereich Reinigung steht jetzt vor der

Kündigung. Bei der bereits laufenden Neuausschreibung kann AGO nicht mitbieten, diese richtet sich nur an das Reinigungsgewerbe. 350 Beschäftigte sind davon betroffen und auch die weiteren Verträge von AGO wackeln. Die Hoffnung auf adäquate Weiterbeschäftigung durch AGO selbst ist gering. Im günstigsten Fall könnten die Betroffenen vielleicht bei einem künftigen Auftragnehmer des AKH unterkommen – allerdings mit heftigen Verlusten. „Lohnniveau und Gleichstellungsrechte, die durch AKÜ-Kollektivvertrag und Arbeitskräfteüberlassungsgesetz abgesichert sind, wären weg“, erläutert David Lang.

Übernahme statt Fremdvergabe! Der AGO-Betriebsrat fordert daher die Übernahme durch das AKH selbst. „Viele der Kolleginnen und Kollegen sind seit sieben oder acht Jahren im AKH, sind voll in den Betrieb integriert und leisten auch in medizinisch sensiblen Bereichen beste Arbeit“, erklärt Betriebsratsvorsitzender Lang. „Dass die seinerzeitige Vergabe an AGO heftig in der Kritik steht, dafür sind nicht die Beschäftigten verantwortlich und dafür sollten sie nicht die Rechnung zahlen müssen. Eine Übernahme ist die einzige saubere Lösung.“



Foto: Fotolia

Alles, was Recht ist

Ein betrügerisches Angebot

Eine Wiener Leiharbeitsfirma wollte sich vor ihrer Verantwortung drücken und überredete einen Beschäftigten, sich während eines Krankenstandes „abmelden zu lassen“. Vor Gericht bekam die Firma jetzt die Rechnung präsentiert.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

Mit Sportverletzungen kann man Anton C.* nur noch schwer beeindruckt werden: Im Frühjahr 2010 verletzte sich der Hobbykicker gleich an beiden Beinen. Die Folge: Liegegips und eineinhalb Monate Krankenstand. Der gelernte Mechaniker war damals fast zwei Jahre bei einer Leiharbeitsfirma beschäftigt, durchgehend an denselben Beschäftigterbetrieb überlassen. Beiden meldete er seine Verletzung und vereinbarte, sie regelmäßig über den Heilungsverlauf zu informieren.

Rückdatierte „Abmeldung“. Einige Wochen später war Anton C. wieder so weit mobil, dass er seinen Arbeitgeber im Büro aufsuchen konnte. Dieser überredete ihn, „sich abmel-

den“ zu lassen. Das wäre besser für die Firma und hätte für ihn keine Nachteile, er würde weiterhin so viel Geld bekommen wie vorher. Dem Leiharbeiter wurde ein Schreiben vorgelegt, das ein Ende des Arbeitsverhältnisses exakt am ersten Krankenstandstag vorsah. Worauf C. gar nicht mehr achtete: Das Dokument war rigoros rückdatiert, um den Anschein einer korrekten Arbeitgeberkündigung unter Einhaltung aller Fristen zu wahren – eine Umgehung der Verpflichtung zur Entgeltfortzahlung im Krankenstand.

Draufgezahlt. Die Behauptungen des Arbeitgebers bestätigten sich allerdings nicht: Die Einkünfte von Anton C. fielen während des Krankenstandes doch deutlich geringer aus als zuvor. Der Leiharbeiter nimmt das zähneknirschend hin, nicht zuletzt, da es nach dem Krankenstand wieder aufwärts geht. Er tritt seine Arbeit wieder an und nach rund einem halben Jahr wird er sogar von seinem Beschäftigterbetrieb als Stammarbeiter übernommen.

Das verlorene Entgelt wurmt ihn trotzdem und er wendet sich an die PRO-GE.

Recht auf Entgeltfortzahlung. Der Fall landet vor Gericht. Wahrscheinlich wäre die Kündigung zuerst mündlich ausgesprochen worden, erklären die Vertreter der Leiharbeitsfirma dort die Rückdatierung. Das Zusammenfallen mit dem Krankenstandsbeginn – reiner Zufall. Der Richter glaubte dieser Darstellung nicht und entschied: Die Kündigung wurde erst während des Krankenstandes ausgesprochen. Der ehemalige Leiharbeiter hätte damit in jedem Fall Anspruch auf sechs Wochen Entgeltfortzahlung gehabt. Außerdem sei die Kündigung sittenwidrig, weil nur zur Umgehung der Entgeltfortzahlungspflicht erfolgt, und damit unwirksam. Zusätzlich bekam Anton C. eine Nachzahlung zugesprochen, da der Referenzzuschlag falsch berechnet war, insgesamt erhielt er mehr als 11.000 Euro brutto.

Bei Verdacht nachfragen. „Gerade Arbeitskräfteüberlasser versuchen immer wieder, ihre Verpflichtungen widerrechtlich den ArbeitnehmerInnen und der Allgemeinheit umzuhängen“, zeigt sich PRO-GE Rechtsexperte Andreas Schlitzer wenig überrascht. „In diesem Fall konnten wir für unser Mitglied noch alles zurückholen, auch weil der Beschäftigterbetrieb bestätigte, immer von seiner Rückkehr ausgegangen und über die Kündigung gar nicht informiert gewesen zu sein.“ Dennoch empfiehlt Schlitzer: Wie bei einvernehmlichen Auflösungen gilt auch bei derart verdächtigen „Angeboten“: Nicht unterschreiben, sondern erst einmal bei der Gewerkschaft informieren!

* Name von der Redaktion geändert.

Die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. 01/534 44-69142 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.

Sommer 2013

www.proge.at/urlaub

Familientage

im Hotel **Bad Hofgastein**

Sommer in den Bergen

Staudammbauen am Bach, Klettern auf den Bergen, Brot backen auf der Alm, Steinböcke beobachten, Radfahren auf familienfreundlichen Routen, Bogenschießen, Minigolf, Tennis oder ausgedehnte Wanderritte auf dem Rücken von Isländer Pferden und vieles mehr ...



Leistungen

- ✓ REICHHALTIGES FRÜHSTÜCKSBUFFET
- ✓ ABENDBUFFET ODER WAHLWEISE MITTAGESSEN
- ✓ FREIE BENÜTZUNG VON SAUNA & DAMPFBAD IM HAUS
- ✓ FREIER EINTRITT IN DIE ALPENTHERME GASTEIN
Angebote für Erholung und Freizeit: Relax World, Sauna World & Ladies World sowie **Family World** mit Black-Hole-Raftingrutsche, Speedrutsche mit Zeitmessung, Lazy-River-Strömungskanal, Multimedia-Erlebnisdrom, TV-Raum, Spielraum, Kleinkinderparadies mit Babybecken und großzügigem Außenbereich mit Spielplatz, Beach-Volleyball und Tischtennis

Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel Bad Hofgastein aus im Bademantel erreichbar.
Die Gratisbenutzung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15:00 Uhr und endet am Abreisetag um 08:00 Uhr.

Irrtum sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten!
Foto: GASTEINERTAL TOURISMUS GMBH
Stand: März 2013

Preise

	MI - SA 3 Nächte	SA - MI 4 Nächte
PRO-GE Erwachsene	€ 186,00	€ 248,00
Kinder von 6 - 14 Jahren	€ 70,50	€ 94,00
Jugendliche von 15 - 17 Jahren	€ 114,00	€ 152,00
ÖGB Erwachsene	€ 228,00	€ 304,00
Kinder von 6 - 14 Jahren	€ 96,00	€ 128,00
Jugendliche von 15 - 17 Jahren	€ 139,50	€ 186,00
Nichtmitglieder Erwachsene	€ 294,00	€ 392,00
Kinder von 6 - 14 Jahren	€ 127,50	€ 170,00
Jugendliche von 15 - 17 Jahren	€ 165,00	€ 220,00

Preise pro Person inkl. aller Abgaben, exkl. Kurtaxe/Ortstaxe
Kinder vor dem 6. Geburtstag logieren frei im Zimmer der Eltern.
Aufzahlung Halbpension für Kinder von 4 - 5 Jahren € 10 pro Nacht (Stichtag ist jeweils der 4., 6. bzw. 15. Geburtstag). Ab dem 18. Geburtstag ist der Preis für Erwachsene zu bezahlen.
Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer sowie Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer € 9 pro Nacht.
Ermäßigung für Erwachsene im Zimmer der Kategorie B.

Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

Reservierung & Information Telefon (01) 53 444-69707 DW

**PRO-GE**
Urlaub & Seminar GmbH



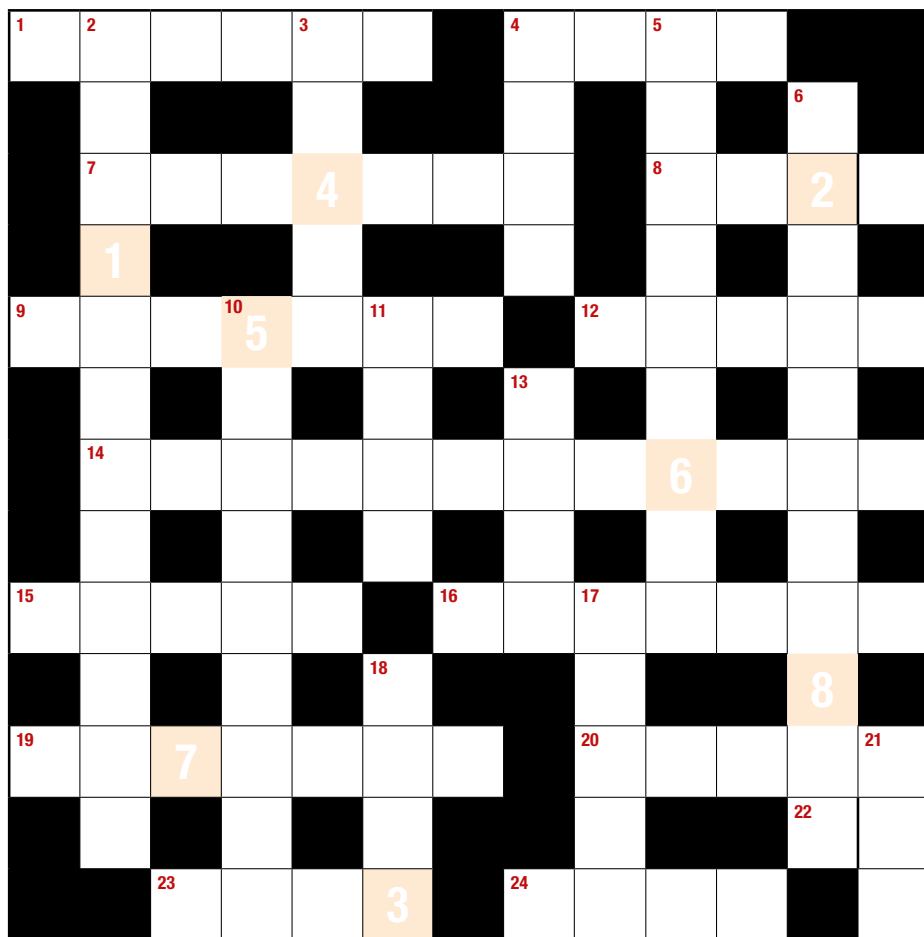
Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:

vier coole PRO-GE Taschen

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht eine luftige Lösung.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 5. September 2013 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 1 Was wird da eingeführt(!)? Ein Wort zur Handelsbilanz!
- 4 Hier gibt's einen Hinweis
- 7 Völkerwanderliche Klage: „Mein neuer Nachbar, der Vandale,/ macht Tag und Nacht nichts als –!“
- 8 Eine Fährte, als führe die Eisenbahn drüber
- 9 Der Parasit ist im Gehörgang ein echter Schlager
- 12 Bei Schafskälte empfiehlt es sich, den überzuziehen
- 14 Am Urlaubsgeld es leicht gebricht,/ übt man vor-schnell – (siehe chefliches Verlangen auf S. 16)
- 15 Was für Witzige: Den Jux will jedermann sich machen
- 16 Was uns kosmischerweise in außerirdischen Sphären umgibt
- 19 Für Raufbolde R-weitert, was Fischer mit der Rute tun
- 20 Wer Seoul-Musik mag, ist dort im Süden des Landes richtig
- 22 So schauen NebenKosten nach Kürzung aus
- 23 Auch nach dem Umbau buchstäblich KEIN einfaches Gelenk
- 24 Nicht (nur) von Pappe: So viele Runden KV-Verhandlungen brauchte es auch, bis die Chemie stimmte (siehe S. 13)

Senkrecht:

- 2 Ist wirtschaftspolitisch Programm: „Was Europa einstmals gutgetan,/ braucht's wieder: einen –!“ (siehe S. 14)
- 3 Lärmes Bruder, passt sprachlich zur 7 waagrecht
- 4 Den pappt der Schwarzdecker ganz legal drauf
- 5 Zu biblischen Zeiten bedeutender Blechbläser in der Jericho Brass Band
- 6 Auf die Abfallhaufen g'hört jedenfalls kein Elektrog'lumpert (siehe S. 7)
- 10 Prognosearbeit à la Kaffeesud- und Handleser
- 11 Die Großparty macht VERA ganz wurr
- 13 Boden-nahe Bezeichnung für unsere Heimat im 16 waagrecht
- 17 Ein Liebediener in Livree
- 18 Altes Längenmaß, am Unterarm ge-speiche-rt
- 21 Arbeitskräfte Kurzum Hinausschmeißen? (Ort ungesunder Leiharbeitsverhältnisse auf S. 20)

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF! NACHDRUCK**

Der Gewinner der Ausgabe 2/2013 GLÜCK AUF!

Gewinner: Harald Stipani, St. Valentin



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund
und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

F-13

Straße/Gasse

Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

„Ich will leistbares Wohnen für alle! Sie auch? Dann müssen wir große Vermögen besteuern!“

Lukas Resetarits, Kabarettist



5 Prozent der Bevölkerung besitzen
fast die Hälfte des Gesamtvermögens.
Dieses Vermögen ist kaum besteuert.

Lebensqualität sichern!

Überfluss besteuern - in die Zukunft investieren!

Unterstützen auf www.wege-aus-der-krise.at

